

DGB will Tariftreue bundesweit stärken

Gewerkschaftsbund fordert Vergabe öffentlicher Aufträge nur noch an tarifgebundene Firmen

Tobias Peter

■ **Berlin.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Tarifbindung koppeln und schlägt ein Bundestariftreuegesetz vor. „Öffentliche Aufträge sollen nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell Mitarbeitern unserer Zeitung. „Damit würde die Politik ein deutliches Zeichen pro Tarifbindung setzen und endlich unterstreichen, was meist in Sonntagsreden zu hören ist: wie wichtig ihr Tarifverträge und gute Arbeit sind“, setzte er hinzu.

„Wenn öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge anwenden, wird – zusätzlich zum Schutz der Beschäftigten – mittelbar auch die Geltungskraft von Tarifverträgen gestärkt“, heißt es in einem Eckpunktepapier des DGB, das gerade vom Bundesvorstand beschlossen worden ist und unserer Zeitung. Auf diese Weise könnten Tarifstandards in den einzelnen Branchen gesichert, Wettbewerbsverzerrungen verhindert und Tarifdumping

unterbunden werden, argumentiert der Gewerkschaftsbund. Die beste Lösung dafür sei ein Bundestariftreuegesetz, führt der DGB-Vorstand in dem Eckpunktepapier aus. Alternativ sei es aber auch möglich, einen entsprechenden Passus ins Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) einzufügen. „Gute Löhne und anständige Arbeitsbedingungen gibt es nur mit Tarif“, sagte Körzell. Der Staat dürfe sich nicht zum „Komplizen beim Lohndumping“ machen.

Die Tarifbindung in Deutschland sei seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig, heißt es in dem DGB-Papier. 2019 seien im Durchschnitt nur noch 52 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Betrieben mit Tarifvertrag tätig gewesen. In Ostdeutschland liege der Wert mit 45 Prozent noch unter dem Wert für Westdeutschland (53 Prozent).

Neben der Frage der Tarifbindung müssten aus Sicht des DGB bei der öffentlichen Auftragsvergabe weitere soziale Aspekte berücksichtigt werden, etwa Ausbildungsquoten sowie Systeme zur betrieblichen Gleichstellung.